Der Landrat wies darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt im Zuge der Sitzung des Kreistages am 27.06.2013 in den heutigen Kreisausschuss vertagt worden sei, um den Fraktionen die Möglichkeit zu eröffnen, einen gemeinsamen und einvernehmlichen Resolutionstext zu erarbeiten. Dieser Text liege nun vor. Bis auf eine Fraktion hätten die Fraktionen Zustimmung signalisiert.

Für Abg. Solf war erstaunlich, dass die Fraktionen trotz des Wahlkampfes zu einem echten Kompromisstext gefunden hätten. Dies sei erarbeitet worden im Interesse der betroffenen Kinder, insbesondere derer mit sozialer Benachteiligung oder mit individuellen Beeinträchtigungen, weil man in den letzten Jahren erkannt habe, wie sehr Schulsozialarbeit helfen könne. Er wies darauf hin, dass es ein Kooperationsverbot gebe. Schulische Arbeiten und schulische Hilfen seien nun einmal Sache des Landes. Gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Bund und Ländern würden aber nichts bringen. Deshalb appelliere er an die Kollegen der FDP, im Interesse der Kinder zu versuchen, Mittel und Wege zu finden, um die Schulsozialarbeit vor Ort zu stärken und zu sichern. Hierzu fordere man nun Entscheidungsträger auf beiden Ebenen auf.

Abg. Deussen-Dopstadt sah die Stärke dieses Resolutionsentwurfes darin, dass er sich auf Schulsozialarbeit konzentriere und von diesem Inhaltspunkt aus argumentiere. Sie habe bereits auf kommunaler Ebene erfahren können, welchen Schnellballeffekt das bei Schulleitern auslösen könne, die noch keinen Schulsozialarbeiter hatten und sich vortragen ließen, was an anderen Schulen mit dieser Unterstützung möglich sei. Sie sehe diese Resolution auch als eine Unterstützung der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, die diese Aufgabe initiiert hätten und nun darauf warten, dass sie fortgeführt werden könne. Wesentlich finde sie zudem den auf Seite 2 formulierten Gedanken, dass gerade Schulsozialarbeit sich nicht an bestimmten Kriterien der Schüler messe und auch für Kinder aller Schichten notwendig sei. Ihre Fraktion unterstütze daher diesen Resolutionsentwurf.

Abg. Hartmann dankte zunächst, dass man das zusammen hinbekommen habe und nun ein gemeinsames Signal geben könne. Er lade auch nochmals die FDP ein, dies mitzutragen. Niemand stelle in Frage, dass Bildung eine Landesaufgabe sei und je nachdem, wie man das im sozialen Bereich dekliniere, fange das ganz früh an. Dementsprechend müsse man das auch als Aufgabe schaffen. Seinerzeit habe man diesen Einstieg gewählt, dass man mit Hilfe des Bundes überhaupt diese notwendige Aufgabe finanzieren konnte. Nun drohe dies auszulaufen, wohingegen man vor Ort daran interessiert sei, dass diese Aufgabe funktioniere. Deshalb lehne man diese ferne Entscheidung ab. Hierbei wolle man auch nicht wegdiskutieren, dass die Länder diese Bildungsaufgabe in ihrem Aufgabenbereich hätten, das sei auch im Rahmen der Föderalismusreform entsprechend festgelegt worden. Man müsse aber auch anerkennen, dass sich die Rahmenbedingungen im Hinblick auf einseitige Steuersenkungen des Bundes inzwischen verändert hätten. So fehlten den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr 300 Mio. € Dabei sei für das betroffene Kind völlig nachrangig, ob es ein Kooperationsverbot im Grundgesetz gebe oder aus welchem Topf das bezahlt werden müsste. Deshalb habe man als Sozialdemokraten dies sehr pragmatisch gelöst und im Wahlprogramm festgeschrieben: Man wolle die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich. Auch viele CDU-Kommunalpolitiker stimmten dem zu. Er glaube, dass man nach der nächsten Wahl / Kommunalwahl deutlich pragmatischer damit umgehen werde, ob man ein solches Kooperationsverbot nicht interpretieren könne. So gebe es einen entsprechenden Präzedenzfall bei der Finanzierung der Ganztagsbetreuung. Auch dies sei seinerzeit pragmatisch gelöst worden. Er würde sich wünschen, dass man die Aufgaben mehr in den Mittelpunkt rücke und mehr auf das Gemeinsame achte. Seine Fraktion stimme diesem Entwurf daher zu.

Abg. Dr. Lamberty verwies auf die Föderalismusreform, um den Wirrwarr von Zuständigkeiten zu lichten und zu klären, wer für was verantwortlich sei. Nun werde hier aber wieder nach dem Bund gerufen, weil man bei der Rot/Grünen-Landesregierung kein Geld habe. Denn bemerkenswert sei, dass andere Bundesländer die Regelung offenkundig in eigener Regie machen könnten, weil sie vielleicht anders mit dem Geld umgehen. Für ihn sei auch bemerkenswert, wie sich die Bundestags- und Landtagsabgeordneten gerade der CDU in die Diskussion eingebracht hätten. Diese hätten dezidiert erklärt, dass das eine Landessache sei und der Bund damals nur im Rahmen dieses Verfahrens eine Anschubfinanzierung geleistet habe. Dies sei Landessache, für die das Land die Verpflichtung habe. Die vorliegende Formulierung sei aber inkonsequent und unklar. Seine Fraktion werde, wie in den Räten, konsequent weiterhin ihre Linie vertreten und dies an das Land als Adressaten richten. Beim Land müsse endlich die Aussage von Ministerpräsidentin Kraft Ernst genommen werden, wonach man kein Kind zurücklassen wolle. Seine Fraktion werde daher der Resolution nicht zustimmen.